



Besoldung: Schluss mit Schlusslicht!

Bezahlung der saarländischen Polizei in der Sackgasse?

#KLARTEXT: Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Saarland schlägt Alarm: Saarländische Polizeibeamtinnen und -beamte verdienen im bundesweiten Vergleich am wenigsten – mit gravierenden Folgen für den Beruf, die Personalgewinnung und die Sicherheit im Land. „Während die Anforderungen an die Polizei stetig steigen, bleibt die Bezahlung auf dem niedrigsten Niveau Deutschlands. Das ist nicht nur ungerecht, sondern gefährdet auch die Einsatzfähigkeit unserer Polizei“, warnt DPoIG-Landesvorsitzender Markus Sehn.

Bereits während der Ausbildung erhalten saarländische Polizeianwärterinnen und -anwärter bis zu 300 Euro weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen bei der Bundespolizei. Nach dem Studium beträgt das Defizit teils über 400 Euro im Vergleich zu Baden-Württemberg. Die Konsequenzen sind spürbar: Kolleginnen und Kollegen wandern ab, immer mehr sind auf Nebenjobs angewiesen und der Nachwuchs bleibt aus. **Dieser Missstand muss endlich behoben werden. Wie sich die unfaire Besoldung konkret auswirkt und was die DPoIG für eine gerechte Bezahlung fordert, lesen Sie in dieser Ausgabe des DPoIG-Newsletters.**



110 % Einsatz.
Für unsere Polizei und Dich.



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB



Faire Besoldung, gerechte Zulagen, klare Strukturen – dafür kämpfen wir!

Markus Sehn

Landesvorsitzender der Deutschen
Polizeigewerkschaft im Saarland

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer wie wir bei der Polizei arbeitet, leistet jeden Tag vollen Einsatz – egal, ob im Schichtdienst, in gefährlichen Lagen oder in der Verwaltung, die den Betrieb am Laufen hält. **Doch während die Anforderungen an uns alle stetig wachsen, bleibt die Anerkennung oft aus.** Sei es bei der Besoldung, den Zulagen oder der Arbeitsbelastung – an vielen Stellen läuft es im Saarland schlicht nicht rund.

Das kann und darf so nicht bleiben. Wer eine handlungsfähige, motivierte Polizei will, muss für faire Rahmenbedingungen sorgen. Es ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, dass saarländische Polizeibeamtinnen und -beamte bundesweit mit am schlechtesten bezahlt werden.

Es ist auch nicht hinnehmbar, dass Zulagenmodelle, die besondere Belastungen ausgleichen sollen, veraltet und unzureichend sind. Und es ist nicht tragbar, dass Reformen in Kraft gesetzt werden, ohne dass die Betroffenen mitgenommen werden.

In dieser Ausgabe des DPolG-Newsletters befassen wir uns genau mit diesen Themen: Warum ist die Besoldung im Saarland so weit zurückgefallen – und wie kann das geändert werden? Welche Zulagen müssen dringend angepasst werden? Welche Reformen laufen gerade, und was bedeuten sie für Euch?

Die DPolG setzt sich entschlossen für Verbesserungen ein. Wir reden nicht um den heißen Brei, wir legen den Finger in die Wunde – und wir lassen nicht locker, bis sich etwas bewegt.

Denn eines ist klar: Die Polizei sichert täglich die Ordnung in diesem Land. Es wird Zeit, dass auch die Politik endlich für Ordnung bei unseren Arbeitsbedingungen sorgt.

Lasst uns gemeinsam dranbleiben!

*Euer
Markus Sehn*

Gleicher Dienst, schlechter bezahlt

Wie das Saarland Polizeikräfte zu verlieren droht

#KLARTEXT: Die Besoldung der saarländischen Polizeibeamtinnen und -beamten ist bundesweit mit die niedrigste - und möglicherweise verfassungswidrig. Schon heute läuft ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, weil die Bezahlung nach Auffassung der DPoIG nicht den Vorgaben zur amtsangemessenen Alimentation entspricht.

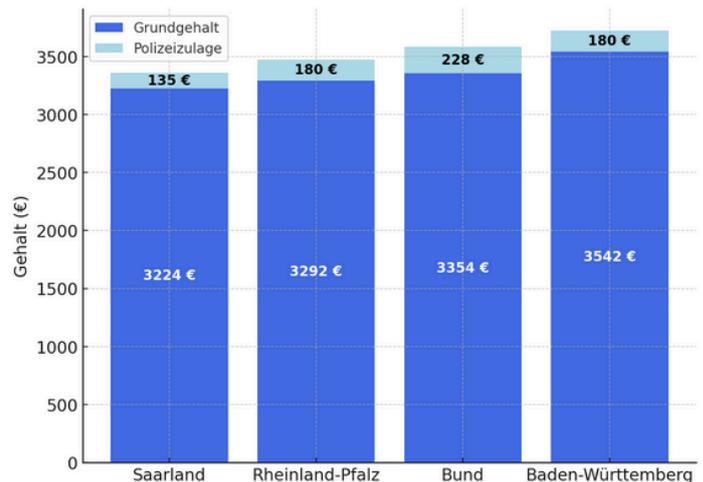
Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Bereits in der Ausbildung verdienen Polizeianwärterinnen und -anwärter im Saarland bis zu 300 Euro weniger pro Monat als ihre Kolleginnen und Kollegen bei der Bundespolizei.

Nach dem Studium setzt sich dieses Gefälle fort: Im Vergleich zu Rheinland-Pfalz fehlen monatlich 110 Euro, gegenüber Baden-Württemberg sogar über 400 Euro. Die Konsequenzen sind spürbar: Erfahrene Beamtinnen und Beamte kehren dem Saarland den Rücken, Nachwuchskräfte entscheiden sich für attraktivere Angebote in anderen Bundesländern, und viele, die bleiben, sind gezwungen, Nebenjobs anzunehmen. Zur amtsangemessenen Lebensführung reicht das Hauptamt bei steigenden Lebenshaltungskosten häufig nicht mehr aus.

Viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind auf Zuverdienste aus ihren Nebentätigkeiten angewiesen. Die Zahl der Kolleginnen und Kollegen mit Nebentätigkeiten steigt.

Das Saarland verliert im Wettbewerb um Nachwuchs gegen Bundesbehörden und andere Länder. Die Polizei kämpft bereits mit Personalnot – doch die Politik hält an der Niedrigbesoldung fest.

Vergleich Besoldung Eingangsamt Bundesländer/Bund



#UNSER VORSCHLAG:

Anpassung auf Bundesdurchschnitt – eine konkurrenzfähige Besoldung ist entscheidend für Nachwuchsgewinnung und Motivation. Die Besoldung der saarländischen Beamtinnen und Beamten muss unverzüglich mindestens auf Bundesdurchschnitt angeglichen werden.

Rückwirkende Kompensation – damit die betroffenen Kolleginnen und Kollegen nicht auf dem finanziellen Schaden der verfassungswidrigen Unteralimentation sitzenbleiben, fordern wir eine rückwirkende Anpassung.

Abschaffung der Kostendämpfungspauschale – sie verschärft die finanzielle Belastung zusätzlich. Die Kostendämpfungspauschale ist längst überholt und gehört abgeschafft. Im Vergleich mit der freien Heilfürsorge im Bund und anderen Bundesländern zwingt die KDP die saarländischen Beamtinnen und Beamten weiter aufs Abstellgleis.

110 % Einsatz. Für unsere Polizei und Dich.

Ungerecht und überholt: Die Zulagen brauchen eine Reform

Polizeizulage und Co. müssen der Realität angepasst werden

#KLARTEXT: Wer bei der Polizei arbeitet, muss flexibel sein, auf Freizeit verzichten und oft unter gefährlichen Bedingungen arbeiten. Doch die Zulagen, die der Dienstherr auch im Saarland gewährt, um diese Nachteile abzumildern sind veraltet, zu niedrig und ungerecht verteilt. Während Polizeibeamtinnen und -beamte in anderen Bundesländern für ihre besondere Einsatzbereitschaft besser entlohnt werden, hinkt das Saarland erneut hinterher.

Beispiel Polizeizulage: Im Saarland beträgt sie aktuell 135,14 Euro, in anderen Bundesländern wie bei unseren Nachbarn in Rheinland-Pfalz sind es bereits 180 Euro – die wird sogar in der Pension weiter gezahlt. Die Bundespolizei, mit der die saarländische Landespolizei auch im Wettbewerb um den Polizeinachwuchs steht, zahlt bereits 228 Euro im Monat alleine als Polizeizulage.



Der Polizeiberuf birgt in allen Ländern dieselben Gefahren. Dass Zulagen sich so erheblich unterscheiden, ist untragbar.

Anne Zeemann

Erste stellvertretende Landesvorsitzende DPolG Saar

Kolleginnen und Kollegen im Tariffbereich oder der Verwaltung, die in operativen, potentiell gefährlichen Bereichen tätig sind, erhalten gar keine Sicherheitszulage. Besonders betroffen sind auch Einheiten mit extremen Einsatzanforderungen, die weder eine angemessene Einsatzzulage noch verlässliche Aufwandsentschädigungen erhalten.

#UNSER VORSCHLAG:

Polizeizulage auf 180 Euro erhöhen – und wieder ruhegehaltstfähig machen, damit sie auch im Ruhestand berücksichtigt wird.

Sicherheitszulage von 180 Euro – für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte, die in operativen, potentiell gefährlichen Bereichen arbeiten.

Einsatzzulage von 150 Euro – für Bereitschaftspolizei und operative Einheiten, die ständig flexibel und abrufbereit sein müssen.

Mutterschutzregelung verbessern – damit Monate mit Wechselschichtdienst nicht zu finanziellen Nachteilen führen.

Höhere Aufwandsentschädigungen – z. B. mindestens je 25 Euro pro Monat für Kleider- und Bewegungsgeld, sowie 135 Euro monatlich als Futtermittelpauschale für Diensthunde.

Anpassung Dienst zu wechselnden Zeiten – damit auch Teilzeitkräfte ihren gerechten Anteil bekommen.

Höhere Reisekostenpauschalen und einfachere Abrechnung – damit Einsatzkräfte nicht auf Kosten sitzen bleiben oder sich durch unnötige Bürokratie kämpfen müssen.



Sprecht uns gerne an: Wir sind für Euch und Eure Anliegen da!

Faire Besoldung auch in der Ausbildung wichtig

#KLARTEXT: Das Saarland bietet auch seinen Polizeianwärterinnen und -anwärtern eine der niedrigsten Vergütungen bundesweit. Mit 1.544,78 € Gesamtbezügen liegt es deutlich hinter Bundesländern wie Bayern (1.748,19 €) oder Sachsen (1.658,69 €). Besonders drastisch ist der Vergleich zur Bundespolizei, wo Anwärter monatlich 1.839,22 € erhalten – also fast 300 € mehr als im Saarland.

Die niedrige Bezahlung hat Folgen: Dringend benötigte Bewerber drohen zu besser zahlenden Bundesländern oder zur Bundespolizei abzuwandern, und nach der Ausbildung orientieren sich viele in lukrativere Länder um. Gleichzeitig gibt es im Saarland keine Sonderzahlungen, wie z.B. Urlaubsgeld – in Hessen gibt es für Anwärter 902,50 €, in Berlin 500 € extra. Ohne eine Anhebung der Polizeizulage oder zusätzliche finanzielle Anreize wird das Saarland im Wettbewerb um Nachwuchskräfte weiter vergleichsweise unattraktiv aussehen.



Ohne bessere Vergütung verlieren wir die jungen Leute an andere Bundesländer oder die Bundespolizei.

Sara Scherf
Landesjugendleitern



Die Politik muss jetzt handeln, um langfristige Personalengpässe zu verhindern. Dafür setzt sich die DPolG ein: Wir wollen dem Nachwuchs attraktive Angebote machen, damit er künftig die saarländische Polizei verstärken kann.

Stimmen aus der Polizei



Schichtdienst, Wochenendarbeit, Einsätze rund um die Uhr – aber die Polizeizulage ist seit Jahren nicht ernsthaft angepasst worden. Das fühlt sich nicht nach Wertschätzung an.

Patrick Gensheimer
WSD PI Homburg



Wir sind jederzeit einsatzbereit, oft mit extrem kurzfristigen Einsätzen – eine faire Einsatzzulage für die OpE und die Bereitschaftspolizei wäre mehr als angebracht.

Jonas Hümbert
OpE - LPD 17 West



Spezialisierung, Erfahrung und Verantwortung sollten sich auch finanziell widerspiegeln – stattdessen sind wir oft schlechter gestellt als die Kolleginnen und Kollegen im Bund.

Andrea Kalleder
LPD 243 Ost



Teilzeit bedeutet nicht weniger Verantwortung, aber bei den Zulagen werden wir benachteiligt. Das muss sich ändern.

Vanessa Grauberger
Leitungsbüro LPD 11



DPoIG: Sondervermögen auch für die Innere Sicherheit

Chance für bessere Ausstattung der Polizei nutzen

#KLARTEXT: Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Saarland fordert, dass ein Teil des geplanten Sondervermögens gezielt in die Innere Sicherheit investiert wird. Während Milliarden für Verteidigung, Infrastruktur und Wirtschaft bereitgestellt werden sollen, dürfe die Polizei nicht leer ausgehen.

„Auch die Innere Sicherheit braucht ihren Anteil“, betont DPoIG-Landesvorsitzender Markus Sehn. „Nach Jahren knapper Kassen haben wir die Chance, die Polizei personell und technisch endlich auf das notwendige Niveau zu bringen.“ Jüngste Gewalttaten zeigen, vor welchen Herausforderungen die Polizei steht. „Unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten seit Jahren an der Belastungsgrenze. Wer die Einsatzfähigkeit sichern will, muss jetzt investieren – in moderne Ausstattung, beste Technik und vor allem mehr Personal“, so Sehn.



Innere Sicherheit muss auch von neuen finanziellen Möglichkeiten profitieren.

Markus Sehn

Landesvorsitzender DPoIG



Die geplante Lockerung der Schuldenbremse ist eine historische Chance, die Polizei bundesweit zukunftsfähig aufzustellen.

Sehn fordert daher Ministerpräsidentin Anke Rehlinger auf, sich in den Berliner Verhandlungen klar für die Polizei einzusetzen. „Wenn jetzt Milliarden für Sicherheit und Infrastruktur bereitgestellt werden, darf die Innere Sicherheit nicht hinten anstehen.“

110% Einsatz...



für **faire Besoldung** – Schluss mit Schlusslicht!



für **gerechte Zulagen** – Anerkennung statt Abwertung!



für **konkurrenzfähige Vergütung** – Nachwuchs sichern, Abwanderung stoppen!

Für unsere Polizei und Dich.



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB